

Stationierung von US-Erstschlagraketen — welche neue Lage ergibt sich daraus?

- Ein Schritt des Reaganschen Kreuzzugs
- Westeuropa - nukleare Geisel der USA
- Widerstand gegen Raketenfanatiker wächst

In seiner Diskussionsrede auf der 7. Tagung des ZK der SED brachte Genosse Erich Honecker zum Ausdruck, daß die von der BRD und der Regierung Kohl mit großer Intensität herbeigeführte Stationierung von USA-Erstschlagraketen verhängnisvolle Folgen mit sich bringt. Ist sie doch ein Schritt auf dem Wege der praktischen Umsetzung des von Reagan öffentlich propagierten Konzepts des „Kreuzzugs“ gegen den Sozialismus. Diese Waffen in Westeuropa sind nicht nur ein schwerer Schlag gegen die Idee und Politik der Entspannung. Sie komplizieren vor allem die internationale Situation weiter und erhöhen die Gefahr eines dritten Weltkrieges. „Nachdem die Raketenstationierung in der BRD begonnen und der Bundestag dieser Stationierung zugestimmt hat“, so Genosse Erich Honecker wörtlich, „ist die Lage,... nicht mehr so, wie sie vorher war.“

Mit den Raketen wird es möglich, von Westeuropa, also auch vom Territorium der BRD aus, die UdSSR mit atomaren Massenvernichtungswaffen zu bedrohen. Erneut besteht die Gefahr, daß entgegen den von Bonner Politikern geäußerten Beteuerungen und dem Willen der Mehrheit der Bürger der BRD von deutschem Boden wieder ein Krieg gegen die Sowjetunion ausgeht, ein Krieg, der die ganze Welt in ein

atomares Inferno zu stürzen droht. So verschafft sich der USA-Imperialismus zugleich auch ein Faustpfand, um die westeuropäischen Staaten und ihre Bürger noch stärker in den Strudel seiner gefährlichen Politik zu ziehen. Westeuropa droht zu einer nuklearen Geisel der USA zu werden.

Der brutale Überfall des USA-Imperialismus auf Grenada, sein nichterklärter Krieg gegen Nicaragua, gegen die revolutionären Kräfte in El Salvador, gegen Libanon, Libyen, Angola und Äthiopien, seine neokolonialistische Politik auf den Philippinen, in Puerto Rico, Chile und anderen

Imperialistische Überlegenheit nicht zulassen

Den Warschauer Vertragsstaaten ging und geht es nicht um Überlegenheit. Sie sind für ein Gleichgewicht, möglichst auf immer niedrigerer Ebene. Es ist eine vielfach bestätigte historische Erfahrung: Gerade die von den Völkern der Sowjetunion und der anderen Warschauer Vertragsstaaten mühevoll und unter Opfern errungene annähernd militärstrategische Parität mit den USA und der NATO dient objektiv der Sicherheit und Stabilität in Europa. Im Interesse des Friedens kann deshalb eine Überlegenheit derer, die auf Konfrontation, nukleare Erpressung und Vernichtung des Sozialismus aus sind, nicht

Ländern, seine Politik der Subversion und des Boykotts gegen Kuba zeigen, wie rücksichtslos man in Washington heute darangeht, US-amerikanische Weltmachtgelüste durchzusetzen.

Die Warschauer Vertragsstaaten, vor allem die Sowjetunion, gehen davon aus, daß es zur Politik der friedlichen Koexistenz keine vernünftige Alternative gibt. Sie unterbreiten eine Vielzahl von Vorschlägen, die der Menschheit eine neue Runde des Wettstreits ersparen würden, wenn nur ein Quentchen politischer Wille zur Rüstungsbegrenzung und Abrüstung bei den USA und ihren NATO-Partnern vorhanden wäre. Die Vorschläge reichen von einem kernwaffenfreien Europa bis zu dem Angebot der UdSSR, die Zahl ihrer im europäischen Teil des Landes stationierten Raketen und Gefechtsköpfe auf ein noch niedrigeres Niveau als 1976 zu reduzieren.

zugelassen werden. Ein Krieg gegen den Sozialismus muß für den Imperialismus ein tödliches Risiko bleiben. Die Spekulationen des Herrn Reagan und seiner Generale gehen nicht auf. Dies haben die Sowjetunion und andere Warschauer Vertragsstaaten rechtzeitig und offen erklärt. Sie haben schon seit langem deutlich gemacht, daß es Gegenmaßnahmen geben wird.

Diese Maßnahmen werden jetzt wirksam. In der Erklärung des Generalsekretärs des ZK der KPdSU und Vorsitzenden des Obersten Sowjets der UdSSR heißt es unter anderem: „Nach Abstimmung mit den Regierung-